

# Freie Demokraten

Landesverband  
Hamburg **FDP**

*Antragsbuch des*

*120. Landesparteitages*

*der FDP Hamburg*

*20. April 2024*

*#fdpHH120*

# Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
LA2401/01	<b>Von Grund auf – Hamburgs neue Dynamik startet in den Bezirken!</b> Landesvorstand FDP Hamburg	1
A2401/01	<b>Hamburg soll keine GEZ-Vollstreckungen durchführen</b> Burkhardt Müller-Sönksen	5
A2401/02	<b>Verbesserung des Schwimmens für Kinder und Jugendliche</b> LFA 3 Bildung, Wissenschaft und Forschung, Peter Hawranke, Matthias Still, Ole Messerschmidt, Svenja Radlof, Svenja Nissen, Dirk Stegemeyer, Janin Egbers, Jutta Ramme, Reinhard Moratz, Vivian Quoika, Ulrike Cramer	6

# 120. FDP-Landesparteitag, 20. April 2024

---

## Antragsteller:

Landesvorstand

**Drs.: LA2401/01**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## „Von Grund auf – Hamburgs neue Dynamik startet in den Bezirken!“

### Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Als dynamische Handelsmetropole und Deutschlands größter Industriestandort  
2 steht Hamburg vor globalen Herausforderungen. Die FDP setzt auf pragmati-  
3 sche Lösungen. Ideologische Debatten hatten wir lange und oft genug.  
4 Hamburg wird ausgebremst von Wohnungsnot, Verkehrschaos und überlasteter  
5 Infrastruktur. Die FDP Hamburg fordert weniger Bürokratie, schnelleren Woh-  
6 nungsbau und einen Verkehr, der fließt und nicht im Dauerstau steht zwischen  
7 unzähligen Baustellen.  
8 Der massive Zuzug in unsere Stadt verstärkt die ohnehin schon angespannte  
9 Lage auf dem Wohnungsmarkt. Die Integration von Flüchtlingen muss vor Ort in  
10 den Bezirken geleistet werden und gelingen. Das liberale Hamburg und seine  
11 Bezirke stehen für eine sichere und lebenswerte Stadt, in der der Staat seine  
12 Kernaufgaben erfüllt.  
13 Damit das gelingt und Hamburg eine neue Dynamik erlebt und zur Aufstiegs-  
14 stadt wird setzen wir Freie Demokraten klare Prioritäten:

### 15 **1. Vorfahrt für Wirtschaftskompetenz**

16 Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Hamburgs Politik  
17 braucht wieder echte Wirtschaftskompetenz. Die Politik in den Bezirken muss  
18 vor allem die Wirtschaft vor Ort stärken. Sozial ist, was Arbeit schafft. Die Be-  
19 zirke sind unsere Wirtschaftsstandorte: hier müssen Unternehmen und Arbeits-  
20 plätze gesichert und neu angesiedelt werden. Deshalb muss die Wirtschaftsför-  
21 derung in den Bezirksämtern wieder Priorität haben und auf Leitungsebene an-  
22 gebunden werden. Voraussetzungen für unsere Unterstützung von Regierun-  
23 gen in den Bezirken sind für uns: Konsequenter und schneller Bürokratieabbau,  
24 gezielte Förderung von Start-Up Gründungen, schnelle Bereitstellung von Flä-  
25 chen für Unternehmen zur Ansiedelung, die über 23 Klimaschutzbeauftragten in

26 den Bezirken müssen im Schwerpunkt die Unternehmen vor Ort praktisch un-  
27 terstützen und beraten.

## 28 **2. Belastungsmoratorium für Unternehmen und Betriebe**

29 Unternehmerinnen und Mitarbeiter, Gewerbetreibende und Solo-Selbständige  
30 brauchen Freiheit im wirtschaftlichen Handeln. Politik muss diese Freiheit ga-  
31 rantieren und dafür sorgen, dass sich Menschen und Unternehmen auf Arbeiten  
32 und Wertschöpfung konzentrieren können und sich nicht mit Vorschriften, Ver-  
33 ordnungen, Regulierungen, Dokumentationen und Kontrollen herumschlagen  
34 müssen. Deswegen fordern wir den Abbau überflüssiger Bürokratie und ein Be-  
35 lastungsmoratorium für die Unternehmen vor Ort: Keine neuen Regelungen,  
36 keine neuen Vorschriften, keine neuen Auflagen.

37 Es muss das „nur einmal“ Prinzip gelten. Wenn Menschen und Unternehmen  
38 ihre Daten und Informationen bereits einmal an eine staatliche Stelle übermittelt  
39 haben, dürfen sie nicht erneut angefordert werden. Die öffentliche Verwaltung  
40 hat dann alle Daten, es ist nicht die Aufgabe von Unternehmen und Bürgern mit  
41 erneuten Melde- und Dokumentationspflichten auf eigenen Kosten die fehlende  
42 Vernetzung der Ämter zu ersetzen.

## 43 **3. Genehmigungs-Beschleunigung**

44 Die Genehmigungsverfahren in den Bezirken betreffen fast alle Wirtschaftsbe-  
45 reiche massiv. Von Außenflächen für die Gastronomie bis hin zu Groß- und  
46 Schwertransporten für Baustellenkräne. Oft dauert das in den Bezirksverwaltun-  
47 gen geschäftsschädigend lange und passiert häufig noch in Papierform. Von  
48 der Genehmigung für einen Carport oder eine E-Ladesäule bis zur Schaffung  
49 neuen Baurechts für Wohn- oder Gewerbegebiete – Wir brauchen in den Ham-  
50 burger Bezirken eine massive Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung.  
51 Die Verfahren müssen konsequent digitalisiert und automatisiert werden.

## 52 **4. Ein Herz für das Handwerk**

53 Das Handwerk ist das Rückgrat der Wirtschaft. Es wird an allen Ecken und En-  
54 den dringend gebraucht. Politik und Verwaltung müssen dafür sorgen, dass  
55 Handwerksbetriebe schnell, verlässlich und sicher ihre Aufträge erfüllen kön-  
56 nen. In den letzten Jahren sind sie immer weiter belastet worden. Wir wollen,  
57 dass alle unnötigen Vorschriften und Auflagen gestrichen werden. Was jeder  
58 Laie im Baumarkt kaufen kann, darf im Handwerk nicht nur angewendet wer-  
59 den, wenn zertifizierte Schulungen absolviert wurden. Das Handwerk benötigt in  
60 den Bezirken ein hinreichendes Angebot an Gewerbeflächen. Die Bezirke müs-  
61 sen proaktiv Gewerbeflächen entwickeln und nicht nur auf konkrete Anfragen  
62 reagieren. Bei Planungszeiten von mehreren Jahren wandern die Betriebe  
63 sonst ins Umland ab.

## 64 **5. Bezahlbarer Wohnraum**

65 Mit falschen Weichenstellungen, wie zum Beispiel der Erhöhung der Grunder-  
66 werbesteuer, der Vergabe von städtischen Grundstücken vorrangig in Erbbau-  
67 recht oder unverhältnismäßig hohen Qualitätsstandards zum Klimaschutz hat  
68 der Hamburger Senat die Wohnungsnot und die damit verbunden kritischen  
69 Mietensteigerungen in den letzten Jahren verstärkt. Der Wohnungsbau in Ham-

70 burg ist so teuer und mit so vielen Vorschriften und ökologischen Standards be-  
71 legt, dass er sich nicht mehr lohnt. Der rot-grüne Senat ist darum mitverantwort-  
72 lich für die Krise des Hamburger Immobilienmarktes. Investitionen in Woh-  
73 nungsbau werden nicht mehr getätigt, es werden kaum noch Bauanträge ge-  
74 stellt und bereits genehmigte Bauprojekte werden zurückgestellt. Die Rechnung  
75 für diese fehlgeleitete Wohnungsbaupolitik zahlen die Hamburgerinnen und  
76 Hamburger: Das Angebot an Wohnraum geht zurück, die Mieten steigen, Sa-  
77 nierungen und Modernisierungen werden verschoben und die hohen Nebenkos-  
78 ten belasten die Einkommen zusätzlich. Hamburg braucht jetzt Lösungen für die  
79 Baukrise. Wir wollen für eine Trendwende sorgen, indem wir die Bezirke befähigen,  
80 Baugenehmigungen schneller zu erteilen und Flächen schneller für den  
81 Wohnungsbau auszuweisen und vor allem fordern wir, dass alle Bauvorschriften  
82 auf ihre Notwendigkeit überprüft werden, um sie gegebenenfalls zu überar-  
83 beiten oder ganz zu streichen. Angesichts der wesentlich günstigeren Kredite,  
84 wird der Bau von geförderten Wohnungen für Investoren attraktiv. Wir halten  
85 am Drittmix fest. Wohneigentum ist in allen Lagen eine wichtige Grundlage für  
86 die soziale Stabilität der Quartiere.

## 87 **6. Bewohnerparken abschaffen**

88 Das Anwohnerparken nach Hamburger Modell hat nichts mit der Lebenswirk-  
89 lichkeit in einer Metropole wie Hamburg zu tun. Hamburg ist darauf angewie-  
90 sen, dass Fachkräfte aus dem Umland einpendeln. Wenn sie dann auf eine  
91 Parkraumpolitik stoßen, in der sie nicht vorgesehen sind, dann werden sie dau-  
92 erhaft fortbleiben.  
93 Mit Ausnahme weniger Gebiete muss das Bewohnerparken ausgesetzt werden.  
94 Wir Liberale stellen uns gegen den Geist und die implizite Botschaft des An-  
95 wohnerparkens: Autos und Fremde sind hier nicht erwünscht und müssen drau-  
96 ßen bleiben. Das passt nicht zu einer freien und mobilen Gesellschaft des 21.  
97 Jahrhunderts.  
98 Was wir brauchen, sind Quartiersgaragen, die flexibel auf die Bedarfe der Ta-  
99 gesbevölkerung und der Wohnbevölkerung reagieren können.

## 100 **7. Verkehr fließen lassen, nicht wegsperren**

101 In Hamburg herrscht seit Jahren Baustellen-Chaos. Anstatt besser, wird es im-  
102 mer schlimmer. Ursache sind oft realitätsferne Projekte der meist grün-roten  
103 Bezirksämter und eine mangelhafte Koordination der Baumaßnahmen und Bau-  
104 stellen. So werden in praktisch allen Bezirken Radwege und Velorouten auf  
105 Kosten von Autoverkehr und Parkplätzen gegen den Widerstand von Anwohne-  
106 rinnen und Anwohnern und Gewerbetreibenden von oben durchgedrückt.  
107 Wir brauchen eine andere Priorisierung der Baumaßnahmen. Oberstes Ziel  
108 muss sein, Wirtschaft und Gewerbe nicht zu beeinträchtigen. Dazu gehört auch,  
109 dass jeder schnell und bezahlbar zu seinem Arbeitsplatz und wieder nach Haus  
110 kommt.  
111 Magistralen für Velorouten lahmzulegen ist wirtschafts- und bürgerfeindlich und  
112 zeigt die falsche Schwerpunktsetzung. Um den Radverkehr zu fördern, müssen  
113 nicht nur neue Radwege gebaut werden, sondern auch vorhandene Radwege  
114 saniert werden. Vor allem die Schulwege müssen sicher gemacht werden, da-  
115 mit Kinder unabhängig zur Schule kommen können. Statt sich über Elterntaxis  
116 zu beschweren, müssen die Schulen bei der Radwegplanung, ganz vorne ste-  
117 hen.

118 **8. Lebensqualität in allen Lebensphasen**

119 Der demografische Wandel ist keine Theorie und kein fernes Zukunftsszenario.  
120 Wir leben mitten in diesem tiefgreifenden Wandel, der unsere Gesellschaft in  
121 allen Dimensionen verändert. Für uns Freie Demokraten steht fest, dass die  
122 Selbstbestimmung in allen Lebensphasen unabdingbar ist. Teilhabe, Mobilität,  
123 Barrierefreiheit und Respekt für ältere und alte Menschen müssen überall und  
124 konsequent in alle Beschlüsse, Planungen und Neuerungen einbezogen wer-  
125 den. Kindern und Familien wollen wir mit guter Bildung von der Kita über die  
126 Schule bis zur Hochschule beste Rahmenbedingungen geben. In jedem Bezirk  
127 sollen Startchancen-Schulen Bildungschancen für alle Kinder schaffen.

128 **9. Migration begrenzen, Integration in den Stadtteilen fordern und fördern**

129 Die Unterbringung und Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden ist  
130 durch die hohe Zahl an Schutzsuchenden an ihre Grenzen gestoßen. Die Men-  
131 schen vor Ort, darunter viele engagierte Ehrenamtliche fühlen sich mit den  
132 Problemen allein gelassen. Es fehlen Angebote, wie verpflichtende Sprach-  
133 kurse und schneller Zugang zur Erwerbstätigkeit. Die Folge ist eine Vielzahl an  
134 Problemen, die in den Bezirken zu sozialen Spannungen und zu einer offenen  
135 Fremdenfeindlichkeit in wachsenden Teilen der Gesellschaft führt. Integration  
136 gelingt nur, wenn sie auf ein gesellschaftlich verträgliches Maß begrenzt wird,  
137 und die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt werden. Viele Maßnahmen wer-  
138 den gefördert, aber nicht auf ihre Wirksamkeit geprüft. Das wollen wir ändern.

139 **10. Sicherheit und Sauberkeit**

140 Die Sauberkeit in den Bezirken hat in den letzten Jahren stark nachgelassen.  
141 An vielen Stellen sehen öffentliche Straßen, Plätze, Parks, Anlagen und Spiel-  
142 plätze ungepflegt und verdreckt aus, oft ist die Infrastruktur, insbesondere die  
143 Straßen schadhaft. Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine  
144 saubere, gepflegte, funktionsfähige und gesunde Umgebung. Das ist eine der  
145 Kernaufgaben des Staates und vor allem der kommunalen Verwaltung und  
146 zentral für die Standortqualität, für Wirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfte. Die  
147 Bezirke müssen die dafür vorgesehenen Mittel und Strukturen deutlich verstär-  
148 ken. Gleiches gilt für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wir  
149 Freie Demokraten fordern eine konsequente Durchsetzung des Gesetzes und  
150 die aktive Bekämpfung von offenen Drogen- und Dealerszenen und anderen  
151 Kriminalitäts-Hotspots, die es mittlerweile nicht nur rund um den Hauptbahnhof,  
152 sondern in allen Hamburger Bezirken gibt. Die Staatsgewalt muss für die Si-  
153 cherheit aller Bürgerinnen und Bürger sorgen, egal ob im eigenen zuhause oder  
154 im öffentlichen Raum.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

# 120. FDP-Landesparteitag, 20. April 2024

---

## Antragsteller:

Burkhardt Müller-Sönksen

**Drs.: A2401/01**

Ja . . . . .  
Nein . . . . .  
Enthaltungen . . . . .  
Angenommen *ja / nein*

Ja . . . . .  
Nein . . . . .  
Überwiesen *ja / nein*

## Hamburg soll keine GEZ-Vollstreckungen durchführen

### Petitum

- 1 Die Hamburger Freien Demokraten fordern Bürgerschaft und Senat der Freien  
2 und Hansestadt Hamburg auf, die säumigen Rundfunkbeiträge der öffentlich-  
3 rechtlichen Sender ab 2025 nicht mehr durch Zwangsvollstreckungsmaßnah-  
4 men einzutreiben, sondern, dass die Zwangsvollstreckung vom NDR als zu-  
5 ständiger Landesrundfunkanstalt selbst durchgeführt wird.

### Begründung:

- 6 Die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hört bei Finanzen nicht  
7 auf. Außerdem tut es der Intendanz eines öffentlich-rechtlichen Senders gut,  
8 sich direkt mit seinen zahlungsunfähigen bzw. –unwilligen „Kunden“ auch bei  
9 einer Zwangsvollstreckung auseinander zu setzen.
- 10 Die Stadt Hürth in Nordrhein-Westfalen als erste Stadt bekannt gegeben, dass  
11 sie die „GEZ-Gebühren“ nicht mehr eintreibt bzw. vollstreckt. Die Regel soll für  
12 das ganze Bundesland Nordrhein-Westfalen gelten, welche 22 %, also fast ein  
13 Viertel der Bevölkerung in Deutschland ausmacht.
- 14 Hamburg sollte diesem Beispiel folgen.

**Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

## 120. Landesparteitag, 20.04.2024

---

### Antragsteller:

LFA 3 Bildung, Wissenschaft und Forschung,  
Peter Hawranke, Matthias Still, Ole Messerschmidt,  
Svenja Radlof, Svenja Nissen, Dirk Stegemeyer,  
Janin Egbers, Jutta Ramme, Reinhard Moratz,  
Vivian Quoika, Ulrike Cramer.

**Drs.: A2401/02**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## Verbesserung des Schwimmens für Kinder und Jugendliche

Der LPT möge beschließen:

- 1 Laut der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (**DLRG**) können nach Ab-  
2 schluss der Grundschule verlässlich nur die Hälfte aller Kinder sicher schwim-  
3 men. So galten von 13.720 Abgängern im Jahr 2020 nur 7429 Kinder nach Ein-  
4 schätzung der **Schwimmlehrer** als sichere Schwimmer. Es sind laut DLRG  
5 (Deutsche Lebens Rettungsgesellschaft) im Jahr 2023 in Hamburg 21 Men-  
6 schen ertrunken, im Jahr davor waren es 10 Ertrunkene. Dieses sind besorgnis-  
7 erregende Zahlen. Laut Aussagen der Bäderland Hamburg GmbH sind die fol-  
8 genden Punkte wichtig, um die Situation zu verbessern:
- 9 • die sogenannte Wassergewöhnung so früh wie möglich zu beginnen (5. - 6. Le-  
10 bensjahr)
  - 11 • das Schulschwimmen für ein Jahr durchgehend durchführen (1 x 36 Einheiten,  
12 anstelle von 2 x 18 Einheiten auf zwei Schuljahre aufgeteilt)
- 13 Die Bäderland Hamburg GmbH bekräftigt weiterhin: Ziel des Schulschwimmen  
14 ist es, das Bronzeabzeichen - nicht das Seepferdchen - zu erreichen. Bäder-  
15 land bietet hierzu bereits viele Angebote an. Dazu zählen:
- 16 • "Ab ins Wasser": für Kita-Kinder
  - 17 • "Bronze-Gutschein-Kurse": für Jugendliche zum Erwerb des Bronzeabzeichens  
18 (allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen)
- 19 Allerdings wurde eine überschaubare Resonanz der Kurse zurückgemeldet.  
20 Mittel aus der sogenannten Schwimmernoffensive sind vorhanden und abruf-  
21 bar.



22 **Wir bitten daher den Landesparteitag folgendes zu beschließen:**

- 23 • Die FDP-Hamburg setzt sich für das einjährige durchgehende Schulschwimmen  
24 in der 3. oder 4. Klasse von 36 Einheiten (heute 2 x 18 Einheiten) ein. Auch ist  
25 zu überlegen, ob diese 36 Einheiten nicht innerhalb von 18 Wochen mit je 2  
26 Einheiten je Woche absolviert werden. Durch einen einjährig, durchgehenden  
27 Schwimmunterricht wird gemäß Fachexpertise die Anzahl der schwimmfähigen  
28 Kinder (erreichen des Bronzeabzeichens) erheblich erhöht. Durch eine Vorab-  
29 planung (>3 Jahre) der Wasserflächen für den Schwimmunterricht, kann die  
30 Durchführung gewährleistet werden und sich Schulen auf die Umstellung vorbe-  
31 reiten (z.B. ein Jahrgang hat Schulschwimmen in der dritten Klasse, der  
32 nächste dann in der vierten Klasse).
- 33 • Erzieher aus Kindergärten und Vorschulen sollen durch die vorhandenen Schu-  
34 lungen seitens Bäderland ausgebildet werden. Durch eine möglichst frühe Was-  
35 sergewöhnung werden Schwimmerfolge frühzeitig generiert, sodass beim  
36 Schulschwimmen auf dem Erlernten aufgebaut werden kann und weitere Tech-  
37 niken erlernt werden können.
- 38 • Die FDP-Hamburg fordert die Bezirke auf, Maßnahmen zu ergreifen, welche die  
39 Bekanntheit bestehender Projekte und Aktionen zum Erlernen des Schwim-  
40 mens steigern. Dazu können Sozialarbeiter, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Or-  
41 ganisationen und behördliche Vertreter über verschiedene Kanäle auf die Kin-  
42 der und deren Eltern einwirken, um damit die Resonanz dieser Angebote zu er-  
43 höhen. Dieser ganzheitliche Ansatz ermöglicht es auch Personengruppen zu er-  
44 reichen, bei denen Kinder und Jugendliche erst später in das Bildungssystem  
45 eintreten.

**Begründung:**

**Weitere Begründung erfolgt mündlich.**